

Universitätsstadt Tübingen
Fachbereich Kultur
Daniela Rathe, Telefon: 07071-204-1241
Gesch. Z.: 4/

Vorlage 91/2013
Datum 12.02.2013

Beschlussvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung**

Betreff: Fortbildung Kulturmanagement für
Kultureinrichtungen und Trägervereine
Bezug: Vorlage 102/2012

Anlagen: 0

Beschlussantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Fortbildungsreihe Kulturmanagement für Kultureinrichtungen und Trägervereine zu organisieren. Die Kosten werden durch Mittel aus den freien Projektzuschüssen finanziert.

| Finanzielle Auswirkungen | | Jahr. 2013 | Folgej.: |
|---------------------------------|-----------------|-------------------|-----------------|
| Investitionskosten: | € | 7.500 € | € |
| Bei HHStelle veranschlagt: | 1.3400.7000.000 | | |
| Aufwand/Ertrag jährlich | € | ab: | |

Ziel:

Unterstützung der Kultureinrichtungen und Trägervereine bei der Steuerung einzelner Projekte und/oder ihrer Einrichtungen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung:

In der Beschlussvorlage 102/2012 mit den Eckpunkten der Kulturkonzeption wurde nach mehreren Spartengesprächen und in verschiedenen Workshops deutlich, dass sich sowohl die Kultureinrichtungen und Trägervereine als auch Mitglieder des Ausschusses für Kultur, Integration und Gleichstellung für eine Fortbildungsreihe Kulturmanagement aussprechen. Dies sollte als eine Dienstleistung von der Verwaltung angeboten werden, um den Kulturträgern eine Hilfe zur Selbsthilfe bzw. eine Professionalisierung zu ermöglichen. Entsprechend wurde dies auch als spartenübergreifendes Ergebnis der Diskussionsrunden festgehalten.

2. Sachstand

Viele Kultureinrichtungen und Trägervereine leisten, oftmals ehrenamtlich, eine sehr engagierte und erfolgreiche Arbeit und leisten damit auch einen wichtigen Beitrag zum vielfältigen Kulturleben in Tübingen. In der Bürgerbefragung, die dem Beschluss der Eckpunkte zur Kulturkonzeption vorgeschaltet wurde, wurde deutlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger entweder die Angebote nicht sehr gut kennen oder die Einrichtungen die Bedürfnisse des Publikums nicht sehr gut kennen. Eine Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit kann hierbei ein Mittel sein, die Kommunikation zu verbessern. Da das Thema der Öffentlichkeitsarbeit nur ein singuläres Problem in dem vielfältigen Bereich des Kulturmanagements darstellt, möchte die Verwaltung ein komplettes Fortbildungspaket für die Einrichtungen anbieten.

Die Veranstaltungen sollen immer an einem Samstag über das Jahr verteilt stattfinden. Pro Seminartag werden 900 Euro Honorar veranschlagt, so wie Reisekosten, bei längeren Anreisen auch Übernachtungskosten.

Materialien werden von den Referentinnen und Referenten zur Verfügung gestellt und durch den Fachbereich Kultur vervielfältigt.

Die meisten Referentinnen und Referenten sind der Verwaltung aus eigenen Fortbildungssituationen bekannt oder wurden vom Institut für Kulturmanagement der PH Ludwigsburg empfohlen.

Folgende Themen sollen mit der Fortbildungsreihe abgedeckt werden:

- Kulturpolitik
- Kulturmarketing
- Kulturfinanzierung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Kulturtourismus
- Kulturbetriebssteuerung
- Projektmanagement

Die Verwaltung geht von ca. 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus. Von den Institutionen, die einen Regelzuschuss ab 2.000 Euro erhalten, erwartet die Verwaltung, dass sie sich für die Fortbildungen anmelden. Die Termine werden selbstverständlich rechtzeitig festgelegt und als Gesamtinformation verschickt. Sollten für eine effiziente Seminargruppe zu viele Anmeldungen vorliegen, schlägt die Verwaltung einen Wiederholungstermin vor. Die Verwaltung möchte von einem Eigenbeitrag der Einrichtungen absehen und die Fortbildung als Service der Stadtverwaltung betrachten und somit vor allem das engagierte Ehrenamt im Bereich Kultur würdigen.

3. Vorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung bucht und terminiert wie weiter oben beschrieben eine Fortbildungsreihe und kommuniziert diese rechtzeitig.

4. Lösungsvarianten:

- a) Es wird keine Fortbildung für die Kultureinrichtungen und Trägervereine angeboten. Das spartenübergreifende Ergebnis der Spartengespräche wird diesbezüglich nicht weiter verfolgt.
- b) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zahlen einen Eigenbeitrag von 20 Euro oder mehr. Die Teilnehmerzahl wird sich nach Einschätzung der Verwaltung dadurch verringern, da durch einen Eigenbetrag eine Teilnahme nicht mehr verpflichtend sein kann.

5. Finanzielle Auswirkung:

Ad 3: Eine Summe von 7.500 Euro werden auf der Haushaltsstelle 1.3400.7000.000 für die Kosten der Fortbildung reserviert.

Ad 4 a: Es muss keine Summe aus den Projektmitteln zur Verfügung gestellt werden.

Ad 4 b: Die Zuschusssumme verringert sich entsprechend des Eigenanteils.

6. Anlagen:

Bericht

1. Anlass/Problemstellung

2. Sachstand

3. Vorgehen der Verwaltung

4. Lösungsvariante

5. Finanzielle Auswirkung

6. Anlagen: